



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 54. Ratssitzung vom 5. Juli 2023

Gemeinsame Behandlung der Geschäfte GR Nrn. 2023/104, 2023/262 und 2023/263

2026. 2023/104

Weisung vom 08.03.2023:

Umwelt- und Gesundheitsschutz Zürich und Stadtentwicklung, Förderprogramm KlimUp, Pilotprojekt, neue einmalige Ausgaben, Bericht, Abschreibung von zwei Motionen und zwei Postulaten

Antrag des Stadtrats

1. Für die Pilotphase des Förderprogramms KlimUp für Frühphasen-Start-ups und gemeinnützige Non-Profit-Organisationen vom 1. Oktober 2023 bis 30. September 2028 werden neue einmalige Ausgaben von Fr. 12 000 000.– bewilligt.
2. Der Stadtrat regelt die Organisation des Förderprogramms, die Förderbedingungen, die Bemessung und die Ausrichtung der Förderbeiträge.

Unter Ausschluss des Referendums:

3. Das Postulat GR Nr. 2020/554 von Nicole Giger und Helen Glaser (beide SP) vom 2. Dezember 2020 betreffend Sammelkredit für die Unterstützung von lokalen Zürcher Netzwerken und Akteur-Plattformen, die im Bereich «Nachhaltigkeit, nachhaltiger Konsum und nachhaltige Ernährung» aktiv sind wird als erledigt abgeschrieben.
4. Das Postulat GR Nr. 2021/416, von Barbara Wiesmann, Marco Denoth (beide SP) und fünf Mitunterzeichnenden vom 27. Oktober 2021 betreffend Rahmenkredit für Investitionsbeiträge und Fördermassnahmen an Start-ups, die der Klimakrise entgegenwirken oder einen gesellschaftlichen Mehrwert schaffen wird als erledigt abgeschrieben.
5. Die Motion GR Nr. 2021/496 der GLP-Fraktion vom 8. Dezember 2021 betreffend Rahmenkredit zur Unterstützung von Unternehmen (auch Start-ups), die Negativemissionstechnologien (NET) anbieten wird als erledigt abgeschrieben.
6. Die Motion GR Nr. 2021/512 von Marion Schmid und Barbara Wiesmann (beide SP) vom 15. Dezember 2021 betreffend Förderprogramm für Unternehmen und Organisationen, die zu einem nachhaltigeren und suffizienteren Konsum beitragen wird als erledigt abgeschrieben.

Referat zur Vorstellung der Weisung und für die Begründung der gleichgeordneten Hauptanträge zu den Dispositivziffern 3–6:

Martina Novak (GLP): *Unsere Stadt hat ein Klimaziel: Bis spätestens im Jahr 2040 wollen wir klimaneutral sein. Um das Ziel zu erreichen, können wir verschiedene Hebel betätigen. Einerseits können wir unsere Direktmissionen angehen, also Treibhausgas-*



emissionen, die durch Aktivitäten auf Stadtgebiet verursacht werden. Andererseits können wir unsere indirekten Emissionen angehen, die zwar durch Stadtzürcher Aktivitäten ausgelöst, aber ausserhalb des Stadtgebiets emittiert werden. Um das Netto-Null-Ziel zu erreichen, müssen wir mit Negativemissionen dafür sorgen, dass Treibhausgasemissionen, die wir nicht reduzieren können, aus der Atmosphäre entzogen und dauerhaft gespeichert werden. Während die Handhabung unserer Direktmissionen klar ist, ist der Einfluss der Stadt, das Reduktionsziel von indirekten Emissionen zu erreichen, begrenzt. Im Bereich der Negativemissionstechnologien ist einiges an Entwicklung erforderlich, damit diese im Ausmass, wie wir sie brauchen, zur Verfügung stehen. Um diese Entwicklungen zu beschleunigen, wurden in den Jahren 2020 und 2021 vier Vorstösse im Gemeinderat eingereicht: das Postulat GR Nr. 2020/554 mit Fokus auf nachhaltigem Konsum und nachhaltiger Ernährung, das Postulat GR Nr. 2021/416 mit Fokus auf Start-ups, die der Klimakrise entgegenwirken, die Motion GR Nr. 2021/496 zur Förderung von Negativemissionstechnologien, sowie die Motion GR Nr. 2021/521 mit Fokus auf nachhaltigerem und suffizienterem Konsum. Der Stadtrat beantwortete die Vorstösse mit der vorliegenden Weisung. Konkret soll ein Förderprogramm mit dem Namen «KlimUp» ins Leben gerufen werden, das ein nachhaltigeres Konsumverhalten und eine zirkuläre Wirtschaftsweise fördert sowie Fortschritte bei der Senkung der direkten Emissionen und im Bereich der Entwicklung von Negativemissionstechnologien stimulieren soll. Das Programm hat eine Laufzeit von fünf Jahren und wird mit 12 Millionen Franken dotiert. KlimUp richtet sich in erster Linie an Frühphasen-Start-Ups und gemeinnützige Non-Profit-Organisationen (NPO), die innovative Lösungen für eine klimaneutrale Stadt und intelligente Ressourcennutzung entwickeln und damit zur Erreichung unserer Klimaziele beitragen. Mit dem Förderprogramm werden drei Bereiche unterstützt: Einerseits sollen einmalige Innovationsbeiträge an Start-ups zwischen 50 000 Franken und 250 000 Franken ausgerichtet werden, andererseits sollen einmalige Projektbeiträge an NPO zwischen 5000 Franken und maximal 100 000 Franken ausgerichtet werden. Drittens sind mehrjährige Betriebsbeiträge an NPO zwischen 50 000 Franken bis maximal 300 000 Franken vorgesehen. Das resultiert insgesamt in 7,5 Millionen Franken für Förderbeiträge an Start-ups, 2 Millionen Franken für Projektbeiträge an NPO, 2 Millionen Franken für Betriebsbeiträge an NPO, sowie Programmbetriebsbeiträge beim Umwelt- und Gesundheitsschutz (UGZ) entstehen. Die detaillierten Förderbedingungen inklusive Bemessung und Ausrichtung der Förderbeiträge werden durch den Stadtrat im Reglement zum Förderprogramm festgelegt. Die Beurteilung der geförderten Projekte und Unternehmen erfolgt sowohl bei der Gesuchsprüfung als auch periodisch im Sinn einer Wirkungskontrolle. Es ist vorgesehen, eine Fachkommission für die Beurteilung der Gesuche einzusetzen. Die allfällige Weiterführung und -finanzierung der Fördermassnahmen wird spätestens bis Ende des Jahres 2028 geprüft und bei der zuständigen Instanz gemäss städtischer Kompetenzordnung beantragt. Mittels externer Evaluation wird die Wirksamkeit dieses Förderprogramms auf den Klima- und Ressourcenschutz unserer Stadt beurteilt. Die Ergebnisse der Evaluation werden in eine allfällige Weiterentwicklung des Förderprogramms einfließen. Vor diesem Hintergrund beantragt der Stadtrat für die Pilotphase des Förderprogramms KlimUp im Zeitraum vom 1. Oktober 2023 bis zum 30. September 2028 neue einmalige Ausgaben von 12 Millionen Franken. Damit kann er die Organisation des Förderprogramms, die Förderbedingungen, die Bemessung und die Ausrichtung der Förderbeiträge regeln. Zudem beantragt er, die



3 / 11

Postulate und Motionen, die als Grundlage für dieses Förderprogramm dienen, abzuschreiben. Die Kommission ist sich einig, dass die Vorstösse als erledigt abgeschlossen werden können. Gleichzeitig gab es Änderungsanträge betreffend Höhe der Alimentierung des Förderprogramms und im Anwendungsbereich, die nun begründet werden.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2023/104, 2023/262 und 2023/263

Kommissionsmehrheit zu den Änderungsanträgen 1–2 zu Dispositivziffer 1 sowie für die Mehrheit zum Hauptantrag über die bereinigten Dispositivziffern 1–2 hat

Julia Hofstetter (Grüne): *Ich begründe den Änderungsantrag zur Dispositivziffer 1: Die mehrjährigen Betriebsbeiträge an NPO sollen erhöht werden, da die Weisung KlimUp die Antwort auf sehr breit gefächerte Vorstösse ist. Der Stadtrat löst vieles mit Innovation, Start-ups und wirtschaftsorientierten Lösungen. Er scheint der Ansicht, dass mit Technologie alle Probleme beseitigt werden. Klimaschutz ist häufig hartnäckige Arbeit im Hintergrund, die Nichtregierungsorganisationen (NGO) über Jahre leisten. Ein einmaliger Beitrag reicht nicht. Die Beiträge sollen vermehrt und erhöht an Organisationen gesprochen werden, die langfristig daran arbeiten, die Klimaschutzziele zu erreichen.*

Kommissionsminderheit 1 zu den Änderungsanträgen 1–2 zu Dispositivziffer 1:

Moritz Bögli (AL): *Die AL teilt ähnliche, aber weitergehende Gedanken mit den Grünen. Wieso die Stadt profitorientierte Privatunternehmen subventionieren soll, sehen wir nicht ein. Das Projekt soll ausschliesslich NPO unterstützen.*

Kommissionsminderheit 2 zu den Änderungsanträgen 1–2 zu Dispositivziffer 1:

Thomas Hofstetter (FDP): *Die aus Die Mitte, SVP und FDP bestehende Minderheit 2 lehnt die Änderungsanträge zur Dispositivziffer 1 ab. Der Änderungsantrag der Grünen möchte eine Erhöhung der mehrjährigen Betriebsbeiträge an NPO um 400 000 Franken. Das ist eine Verdoppelung der festgelegten Beträge und entspräche einer Mehrbelastung von 2 Millionen Franken in den nächsten 5 Jahren. Das ist uns zu viel, besonders da sie nur NPO zu Gute kommt. Der Änderungsantrag der AL streicht Start-ups ganz aus der Weisung. Dabei folgt sie ihrer Ideologie, keine gewinnorientierten Unternehmen in der Stadt haben zu wollen. Klimazielfördernde Start-ups wollen sie ebenfalls nicht unterstützen. Es stellt sich die Frage, woher zukünftig das Geld für Weisungen wie diese genommen würde, wenn es keine gewinnorientierten Unternehmen in der Stadt gäbe.*

Kommissionsminderheit zum Hauptantrag zu den bereinigten Dispositivziffern 1–2

Walter Anken (SVP): *Die Weisung basiert auf vier Vorstössen, die die SVP abgelehnt hat. So ergibt es Sinn, dass wir auch diese Weisung nicht unterstützen. Die SVP ist nicht einmal für ein halbes Promille des weltweiten CO₂-Ausstosses verantwortlich. Die 12 Milliarden Franken, die bis ins Jahr 2040 von der Stadt investiert werden sollen, wa-*



ren aus unserer Sicht immer übertrieben und verantwortungslos. Selbst wenn man Zürich und die Schweiz in einen Wald verwandelt, werden wir dem Klima nicht helfen, da wir global eine kleine Akteurin sind. CO₂- und Methanmoleküle stoppen nicht an der Schweizer Grenze. Es gibt Gründe, wieso sich die Schweiz in den letzten Jahrzehnten um 2 Grad Celsius erwärmte, während es im übrigen Europa 0,9 Grad Celsius waren. Der Grund ist die massive Bautätigkeit aufgrund der Masseneinwanderung und die Wärme, die dabei gespeichert wird. Das Wort Klimahysterie ist in der Stadt Zürich absolut angebracht. Die Ratio ist ausgeschaltet, das ist die eigentliche Gefahr. Die Investitionen führen dazu, dass zukünftige Generationen verarmen. Darum lehnt die SVP die Weisung ab. Für die Freiheit, Unabhängigkeit und Wirtschaft, und gegen die masslose Zuwanderung und Bürokratie zu kämpfen, wären die eigentlichen Aufgaben der Stadt.

Julia Hofstetter (Grüne) begründet das Postulat GR Nr. 2023/262 (vergleiche Beschluss-Nr. 1859/2023): *KlimUp ist thematisch sehr breit, während die Weisung selbst schwammig formuliert ist. Das Fachgremium, das die Förderbeträge vergibt, soll in den von der Weisung genannten Themen spezialisiert sein, mit Fokus auf Energiesuffizienz.*

Walter Anken (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 21. Juni 2023 gestellten Ablehnungsantrag zum Postulat GR Nr. 2023/262: *Die Fachkommission und das Vergabereglement sollen den Fokus auf Energiesuffizienz legen. Negativemissionstechnologien sind ein Dorn im Auge, aber warum? Weil es technisch ist und damit Geld verdient werden kann. Die SVP glaubt an die menschliche Innovationskraft, und dass Negativemissionstechnologien mit weiterer Reifung die Zukunft sind. Darum lehnt die SVP das Postulat ab.*

Nadina Diday (SP) begründet das Postulat GR Nr. 2023/263 (vergleiche Beschluss-Nr. 1860/2023): *Die Weisung fokussiert auf Technologien und Start-ups. Dass diese ein zentrales Element für unser Netto-Null-Ziel sind, sehen wir ein. Trotzdem müssen wir für einen nachhaltigen Effekt zusätzlich den übermässigen Konsum vermindern. Es braucht Zürcherinnen und Zürcher, die bereit sind, ihren Konsum zu reduzieren und in ihrem Alltag ressourcenschonende Entscheidungen zu treffen. Auf dieses zivilgesellschaftliche Engagement zielt unser zweites Postulat. Secondhand-Shops, Informationsveranstaltungen und vieles mehr helfen dabei, für das Thema Klimawandel zu sensibilisieren und das Umdenken im Bereich Konsum herbeizuführen. Darum fordern wir gemeinsam mit Grünen und AL, dass das Förderprogramm kleinere Beiträge von 1000 Franken bis 5000 Franken für zivilgesellschaftliches Engagement in den Quartieren sprechen kann.*

Thomas Hofstetter (FDP) begründet den namens der FDP-Fraktion am 21. Juni 2023 gestellten Ablehnungsantrag zum GR Nr. 2023/263: *Die Grundlage der Diskussion zu diesem Postulat ist, dass die NPO und Start-ups für die Beiträge ein Gesuch einreichen müssen, das im Anschluss geprüft wird. Eine seriöse Prüfung, die bei staatlichen Geldern nötig ist, kostet schnell mehrere 100 Franken. Wenn diese Prüfungshürde gemindert werden sollte, fliessen Gelder an NPO, die keine bekommen sollten. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass mit gekürzten Beiträgen die Prüfungskosten höher sein werden, als die Beträge, die den NPO ausbezahlt werden. Das muss vermieden werden und darum lehnt die FDP das Postulat ab.*



Weitere Wortmeldungen:

Moritz Bögli (AL): Die Klimakrise ist ein zentrales Problem unserer Zeit. Abgesehen von der SVP sind sich darüber alle einig. Der AL-Fraktion ist es besonders wichtig, für kommende Generationen einen lebenswerten und klimaneutralen Planeten zu schaffen. Die vorliegende Weisung ist kaum dafür geeignet, eher im Gegenteil. Anstatt zu versuchen, systemische Lösungen zu finden, wird der neoliberale Bereich realisiert. NPO, die sich für die Klimakrise einsetzen, sollen unterstützt werden. Doch dass die Stadt ohne Gegenleistungen den Profit privater Unternehmen fördern soll, halten wir grundsätzlich für inakzeptabel und nicht unterstützenswert. Das zeugt von einem Staatsbild, das nur die Aufrechterhaltung des Status Quo sieht. Die Vorlage ist kein ernsthafter Versuch, einen Beitrag zur Lösung der Klimakrise zu leisten, sondern ein plumper Versuch der Klientelpolitik. Wenn unser Änderungsantrag abgelehnt wird, werden wir die Weisung nicht mehr unterstützen. Die AL stellt sich klar gegen eine Subventionierung von privatem Gewinn. Es ist peinlich, dass die anderen linken Parteien bei einem solch neoliberalen Vorstoss mitmachen. Die Begleitpostulate wurden von uns miteingereicht und somit unterstützt, da sie minimale Verbesserungen dieses Programms erreichen.

David Ondraschek (Die Mitte): Das Klimaziel Netto-Null ist gesetzt und es ist unsere Aufgabe, dieses umzusetzen. Die Die Mitte/EVP bekennt sich klar zu diesem Auftrag. Dazu gehören innovative Lösungen, die über KlimUp gefördert werden sollen. Der Stadtrat legte eine ausgewogene Weisung vor und darum unterstützen wir sie in dieser Form. Sollte sich im Verlauf des Förderprogramms abzeichnen, dass zusätzliche Gelder zielführend sind, können wir zu gegebenem Zeitpunkt darüber diskutieren. Im Voraus zu konstatieren, dass es mehr braucht, ist nicht auf unserer Linie. Darum werden wir der Variante mit 14 Millionen Franken mit Enthaltung begegnen. Der Klimafachkommission des Postulats GR Nr. 2023/262 möchten wir keine zusätzlichen Vorgaben machen und lehnen es darum ab. Selbstverständlich gehen wir davon aus, dass der Stadtrat für eine ausgewogene Zusammensetzung der Kommission sorgen wird. Beiträge geringerer Höhe unterstützen wir, da wir quartierbezogenes Engagement honorieren möchten.

Walter Anken (SVP): Moritz Bögli (AL) hat recht, wenn er von Klientelpolitik spricht. Diese betrifft aber Postulat GR Nr. 2023/263, weil da Beiträge an die linke Klientel innerhalb des Quartiers vergeben werden sollen. Diesen Trojaner erkennt die SVP und lehnt die ganze Weisung und alle dazugehörigen Postulate ab.

Martina Novak (GLP): Die GLP unterstützt die Weisung. Das Programm funktioniert als Lückenschliesser in der Förderlandschaft. Es unterstützt gezielt Projekte im Bereich der indirekten Emissionen, die einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung des Netto-Null-Ziels und zur Entwicklung von Negativemissionstechnologien leisten. Mit den Dispositivanträgen der Mehrheit und der Minderheit 1 haben wir Mühe. Den Antrag der Minderheit 1, der Frühphasen-Start-ups aus dem Förderfokus streichen will, lehnen wir ab, da er den Sinn und Zweck des Förderprogramms stark beschneidet. Den Antrag der Mehrheit finden wir nicht unterstützungswürdig, da er dem Programm ein zusätzliches Korsett auferlegt. Die Verwaltung hat den Förderbereich bewusst nicht in die Dispositivziffer integriert, um Flexibilität zwischen den Massnahmen zu schaffen. Da es sich bei diesem



Programm um eine Pilotphase handelt, konnte nur nach bestem Wissen und Gewissen abgeschätzt werden, wo welche Mittel nötig und nachgefragt werden. Da der Antrag der Mehrheit durchkommt und damit das Förderprogramm nicht gefährdet wird, stimmen wir der Weisung trotzdem zu. Die Begleitpostulate lehnen wir ab. Das Begleitpostulat zur Energiesuffizienz wirkt obsolet. Das Thema ist als Fokus des Förderprogramms bereits abgedeckt. Beim anderen Postulat ist es fraglich, ob der finanzielle Aufwand für kleine Beiträge in einem sinnvollen Verhältnis zu den Förderbeiträgen selbst steht.

Nadina Diday (SP): *Die SP begrüsst das vorgeschlagene Förderprogramm. Die Weisung nimmt drei zentrale Forderungen der teils von uns eingereichten Motionen und Postulate auf: NPO in den Bereichen des nachhaltigen Konsums, der Ernährung und zirkulären Wirtschaftsweise, genauso wie Start-ups in der Frühphase, die Mühe haben, ihre Innovationen aufgrund fehlender Investitionen weiterzuentwickeln, sollen gefördert werden. Dass die Stadt bisher keinen Weg fand, bei finanziellem Erfolg dieser Start-ups ebenfalls daran beteiligt zu sein, bedauern wir. Hoffentlich findet die Stadt in der Weiterentwicklung des Förderprogramms einen Weg, dass gewisse Beträge an die Stadt zurückfliessen. NPO und Start-ups werden durch interne und externe Beraterinnen und Berater begleitet, sodass sie auf ihrem Weg massgeschneiderte Expertise erhalten. Der starke Fokus auf Start-ups und Technologie störte uns beim Lesen der Weisung, da es den Eindruck erweckte, dass es eher um Wirtschafts- und Standortförderung als um das Bekämpfen der Klimakrise geht. Um dem entgegenzuwirken, haben wir die Begleitpostulate eingereicht und unterstützen den Antrag der Grünen zur Dispositivziffer 1.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: *Die Weisung soll nicht nur Klientelpolitik sein, sondern tatsächlich einen Beitrag zur Zielerreichung von Netto-Null leisten. Das nehmen wir in der Verwaltung sehr ernst. In allen Departementen sind wir mit Hochdruck daran, die entsprechenden Massnahmen in die Wege zu leiten oder sind bereits in der Umsetzung. Die indirekten Emissionen und Negativtechnologien sind besonders anspruchsvoll. Auch dort setzt das Förderprogramm an. Indem wir Start-ups mit guten Ideen fördern und ihre Innovationen begleiten und finanziell unterstützen, und indem wir NPO bei ihren Konzepten finanziell unterstützen, zeigen wir den Willen, in den nächsten Jahren einen substantiellen Beitrag zu leisten. Danach werden wir Lehren ziehen und entsprechende Anpassungen vornehmen können. Je nach Nachfrage werden Gelder verschoben werden müssen. Die Start-up-Szene in Zürich ist gross, vielfältig und innovativ und auch NPO sind wichtig. Es ist schade, wenn die beiden gegeneinander ausgespielt werden, da es darum geht, die Projekte zu unterstützen, die konkret mit ihren Ideen und Innovationen einen Beitrag zum Netto-Null-Ziel 2040 leisten können. Den Begleitpostulaten zur Erhöhung der Beiträge kann nicht viel entgegnet werden. In den Kommissionsberatungen wurde gezeigt, dass wir mit dem Betrag nicht sparen wollten, sondern dass dieser aufgrund der präsenten Gelder der Zürcher Kantonalbank (ZKB) berechnet wurden. Dass diese Fördergelder laut Antrag der AL ausschliesslich an NPO vergeben werden sollen, ist der falsche Ansatz. Alle mit den richtigen Ideen sollen unterstützt werden, unabhän-*



7 / 11

gig von der finanziellen Orientierung. Die Begleitpostulate sind wir bereit entgegenzunehmen und zu prüfen. Das Förderprogramm ist darauf ausgelegt, grössere Projekte zu unterstützen, aber im Rahmen der Postulatsprüfung sollen auch kleinere Aktivitäten berücksichtigt und Wege für eine effiziente Prüfung gesucht werden.

Änderungsanträge 1–2 zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK GUD beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Für die Pilotphase des Förderprogramms KlimUp für Frühphasen-Start-ups und gemeinnützige Non-Profit-Organisationen vom 1. Oktober 2023 bis 30. September 2028 werden neue einmalige Ausgaben von Fr. 12 000 000.–Fr. 14 000 000.– bewilligt, davon mindestens Fr. 4 000 000.– für mehrjährige Betriebsbeiträge an Non-Profit-Organisationen.

Die Minderheit 1 der SK GUD beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Für die Pilotphase des Förderprogramms KlimUp für Frühphasen-Start-ups und gemeinnützige Non-Profit-Organisationen vom 1. Oktober 2023 bis 30. September 2028 werden neue einmalige Ausgaben von Fr. 12 000 000.– bewilligt.

Die Minderheit 2 der SK GUD beantragt Ablehnung der Änderungsanträge.

Mehrheit:	Referat: Julia Hofstetter (Grüne); Marion Schmid (SP), Präsidium; Pascal Lamprecht (SP), Dafi Muharemi (SP), Barbara Wiesmann (SP) i. V. von Nadina Diday (SP)
Minderheit 1:	Referat: Moritz Bögli (AL)
Minderheit 2:	Referat: Thomas Hofstetter (FDP), David Ondraschek (Die Mitte), Vizepräsidium; Walter Anken (SVP), Dr. Frank Rühli (FDP), Deborah Wettstein (FDP)
Enthaltung:	Florine Angele (GLP), Ronny Siev (GLP) i. V. von Martina Novak (GLP)

Abstimmung gemäss Art. 209 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Minderheit 2	55 Stimmen
Antrag Mehrheit	54 Stimmen
Antrag Minderheit 1	<u>8 Stimmen</u>
Total	117 Stimmen
= absolutes Mehr	59 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag Minderheit 1 ausgeschieden.



8 / 11

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Mehrheit wird mit 63 gegen 57 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zugestimmt.

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Schlussabstimmung über die bereinigten Dispositivziffern 1–2

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Zustimmung zu den bereinigten Dispositivziffern 1–2.

Die Minderheit der SK GUD beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffern 1–2.

Mehrheit:	Referat: Julia Hofstetter (Grüne); Marion Schmid (SP), Präsidium; Pascal Lamprecht (SP), Dafi Muharemi (SP), Barbara Wiesmann (SP) i. V. von Nadina Diday (SP)
Minderheit:	Referat: Walter Anken (SVP); Moritz Bögli (AL), Thomas Hofstetter (FDP), Dr. Frank Rühli (FDP), Deborah Wettstein (FDP)
Enthaltung:	David Ondraschek (Die Mitte), Vizepräsidium; Florine Angele (GLP), Ronny Siev (GLP) i. V. von Martina Novak (GLP)

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 69 gegen 43 Stimmen (bei 8 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die SK GUD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Zustimmung:	Ronny Siev (GLP) i. V. von Martina Novak (GLP), Referat; Marion Schmid (SP), Präsidium; David Ondraschek (Die Mitte), Vizepräsidium; Florine Angele (GLP), Walter Anken (SVP), Moritz Bögli (AL), Julia Hofstetter (Grüne), Thomas Hofstetter (FDP), Pascal Lamprecht (SP), Dafi Muharemi (SP), Dr. Frank Rühli (FDP), Deborah Wettstein (FDP), Barbara Wiesmann (SP) i. V. von Nadina Diday (SP)
-------------	---

Der Rat stimmt dem Antrag der SK GUD mit 121 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 4

Die SK GUD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 4.



9 / 11

Zustimmung: Ronny Siev (GLP) i. V. von Martina Novak (GLP), Referat; Marion Schmid (SP), Präsidium; David Ondraschek (Die Mitte), Vizepräsidium; Florine Angele (GLP), Walter Anken (SVP), Moritz Bögli (AL), Julia Hofstetter (Grüne), Thomas Hofstetter (FDP), Pascal Lamprecht (SP), Dafi Muharemi (SP), Dr. Frank Rühli (FDP), Deborah Wettstein (FDP), Barbara Wiesmann (SP) i. V. von Nadina Diday (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK GUD mit 119 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 5

Die SK GUD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 5.

Zustimmung: Barbara Wiesmann (SP) i. V. von Nadina Diday (SP), Referat; Marion Schmid (SP), Präsidium; David Ondraschek (Die Mitte), Vizepräsidium; Walter Anken (SVP), Moritz Bögli (AL), Julia Hofstetter (Grüne), Thomas Hofstetter (FDP), Pascal Lamprecht (SP), Dafi Muharemi (SP), Dr. Frank Rühli (FDP), Deborah Wettstein (FDP)

Enthaltung: Florine Angele (GLP), Ronny Siev (GLP) i. V. von Martina Novak (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK GUD mit 121 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 6

Die SK GUD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 6.

Zustimmung: Ronny Siev (GLP) i. V. von Martina Novak (GLP), Referat; Marion Schmid (SP), Präsidium; David Ondraschek (Die Mitte), Vizepräsidium; Florine Angele (GLP), Walter Anken (SVP), Moritz Bögli (AL), Julia Hofstetter (Grüne), Thomas Hofstetter (FDP), Pascal Lamprecht (SP), Dafi Muharemi (SP), Dr. Frank Rühli (FDP), Deborah Wettstein (FDP), Barbara Wiesmann (SP) i. V. von Nadina Diday (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK GUD mit 121 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

1. Für die Pilotphase des Förderprogramms KlimUp für Frühphasen-Start-ups und gemeinnützige Non-Profit-Organisationen vom 1. Oktober 2023 bis 30. September 2028 werden neue einmalige Ausgaben von Fr. 14 000 000.– bewilligt, davon mindestens Fr. 4 000 000.– für mehrjährige Betriebsbeiträge an Non-Profit-Organisationen.
2. Der Stadtrat regelt die Organisation des Förderprogramms, die Förderbedingungen, die Bemessung und die Ausrichtung der Förderbeiträge.



Unter Ausschluss des Referendums:

3. Das Postulat GR Nr. 2020/554 von Nicole Giger und Helen Glaser (beide SP) vom 2. Dezember 2020 betreffend Sammelkredit für die Unterstützung von lokalen Zürcher Netzwerken und Akteur-Plattformen, die im Bereich «Nachhaltigkeit, nachhaltiger Konsum und nachhaltige Ernährung» aktiv sind wird als erledigt abgeschrieben.
4. Das Postulat GR Nr. 2021/416, von Barbara Wiesmann, Marco Denoth (beide SP) und fünf Mitunterzeichnenden vom 27. Oktober 2021 betreffend Rahmenkredit für Investitionsbeiträge und Fördermassnahmen an Start-ups, die der Klimakrise entgegenwirken oder einen gesellschaftlichen Mehrwert schaffen wird als erledigt abgeschrieben.
5. Die Motion GR Nr. 2021/496 der GLP-Fraktion vom 8. Dezember 2021 betreffend Rahmenkredit zur Unterstützung von Unternehmen (auch Start-ups), die Negativemissionstechnologien (NET) anbieten wird als erledigt abgeschrieben.
6. Die Motion GR Nr. 2021/512 von Marion Schmid und Barbara Wiesmann (beide SP) vom 15. Dezember 2021 betreffend Förderprogramm für Unternehmen und Organisationen, die zu einem nachhaltigeren und suffizienteren Konsum beitragen wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 12. Juli 2023 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 11. September 2023)

2027. 2023/262

Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 31.05.2023: Förderung der Energiesuffizienz als zentrales Element des Förderprogramms KlimUP mittels Zusammensetzung der Fachkommission und Gestaltung des Vergabereglements

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2023/104, Beschluss-Nr. 2026/2023

Julia Hofstetter (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1859/2023).

Walter Anken (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 21. Juni 2023 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.



11 / 11

Das Postulat wird mit 63 gegen 58 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2028. 2023/263

**Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 31.05.2023:
Förderprogramm KlimUp, niederschwellige Förderung von zivilgesellschaftlichem
Klimaschutzengagement**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2023/104, Beschluss-Nr. 2026/2023

Nadina Diday (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1860/2023).

Thomas Hofstetter (FDP) begründet den namens der FDP-Fraktion am 21. Juni 2023 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 71 gegen 50 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat